



Beschluss des Studierendenparlamentes vom 13. November 2014

Der AfD konsequent entgegentreten

Die Partei „Alternative für Deutschland“ ist von einem Professor der Universität Hamburg gegründet worden. Die politische Rechte in der BRD versucht so ihrer Ideologie und Praxis der Konkurrenzverschärfung ein wissenschaftliches Antlitz zu verleihen. Das Studierendenparlament der Universität Hamburg tritt diesem Versuch der akademisierenden Irreführung der Bevölkerung entschieden entgegen und erkennt seine spezielle Verantwortung hierüber aufzuklären.

Der Neoliberalismus ist nicht das Ende der Geschichte: Die Polarisierung der Gesellschaft in Arme und Reiche steigt beständig, Unterfinanzierung und Privatisierungen führen zu Qualitätssenkung und Preissteigerungen in der Daseinsfürsorge. Das Bologna-System bedeutet Entwissenschaftlichung, Entdemokratisierung und Entsolidarisierung. Die Fiskalpolitik der EU treibt ganze Bevölkerungen europäischer Staaten in den Ruin und die europäische Abschottungspolitik an den Außengrenzen – Fortsetzung des Wirtschaftsliberalismus mit seinen eigenen Mitteln – tötet.

Dieses System ist also für alle offensichtlich nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Es bedarf eines radikalen Politikwechsels, weil die gesellschaftlichen Probleme nur in Richtung Frieden, Sozialstaat, Demokratie, Bildung und ökologische Nachhaltigkeit gelöst werden können.

Gegen diese Notwendigkeit, die immer mehr Menschen bewegt, macht die gesellschaftliche Rechte mit dem neuen Projekt „Alternative für Deutschland“ (AfD) mobil. Diese Partei präsentiert sich als Projektionsfläche für diffuse Unzufriedenheiten. Ihre Angebote scheinbarer Problemlösung sind durchweg gefährlich rückwärtsgewandt: Starker Nationalstaat, Ausländerfeindlichkeit, noch mehr Austeritätspolitik sowie Kinder, Küche, Kirche. Durch rechtspopulistische Agitation für die vermeintliche Höherwertigkeit von „Leistungsträgern“, „Deutschen“ oder „fleißigen Familienvätern“ versucht diese Partei das krisengeschüttelte System sozialer Ungleichheit zu rechtfertigen, indem vermeintliche Sündenböcke ausgemacht, denunziert und sozial bekämpft werden. Die Programmatik ist eine Mischung aus konservativen, neoliberalen und rechtspopulistischen Elementen. Folglich zieht diese Partei Personen aus dem Spektrum der äußersten Rechten an.

Gegen dieses Brandstiftertum kommt es darauf an, den aktuellen Verhältnissen eine wirkliche Alternative entgegenzusetzen: Solidarität und Aufklärung für fundamentale Demokratisierung und sozialen Fortschritt, für Bildung und Wissenschaft für menschenwürdige Verhältnisse, für echte Inklusion in allen Bildungseinrichtungen sowie für eine dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechende staatliche Finanzierung der öffentlichen Daseinsfürsorge im Bündnis mit fortschrittlich Aktiven aus anderen Bereichen. Diese gesellschaftliche Solidarität ist die menschenwürdige Alternative zum „Weiter so!“

Das Studierendenparlament beauftragt daher seinen Ausschuss gegen Rechts und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hinblick auf die anstehende Bürgerschaftswahl aufklärendes Material und Aktivitäten in kritischer Auseinandersetzung mit der AfD und ihrer Verankerung in der Universität zu erarbeiten und der Verfassten Studierendenschaft zur Verfügung zu stellen, auch damit wir der AfD mit geeigneten, rechtlich zulässigen und demokratischen Mitteln konsequent entgegenzutreten und sie bekämpfen können.

Die Erarbeitung des Materials möge sich auf diesen Beschluss, den Antrag V1415-019 von Stefan Seld und die schriftliche Begründung in diesem Antrag stützen.



Das Studierendenparlament möge beraten und beschließen:

Der Partei Alternative für Deutschland(AfD) mit geeigneten, rechtlich zulässigen und demokratisch legitimen Mitteln konsequent entgegenzutreten und sie zu bekämpfen

Die Programme und Forderungen der AfD werden von der Mehrzahl der Mitglieder des Studierendenparlaments regelmäßig als menschenverachtend empfunden. Beinahe täglich erreichen uns Meldungen, welche uns in dieser Einstellung bestätigen. Hier exemplarisch einige besonders krasse Beispiele.

- Hermann Behrendt, Landessprecher der AfD-NRW fordert, dass die Parlamente auf Bundes- und Landesebenen abgeschafft werden, weil die derzeitige Politikform "Arbeitsscheue" begünstige.
- Ähnlich demokratiefeindlich äußert sich Konrad Adam, Mitbegründer und seit 2013 Sprecher der AfD in einer Kolumne, in der er sich wie folgt äußert: "Erst später, mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit, ist die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen. Ob das ein Fortschritt war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln"
- Dirk Helms, Sprecher der AfD-Kreis Stormarn sprach in einem Vortrag davon, dass die Gaskammern im KZ-Dachau von den Alliierten gebaut worden sein. Außerdem habe Adolf Hitler den 2. Weltkrieg nicht geplant. Obwohl Helms aus der Partei aus der Partei ausgeschlossen worden ist und sich der Landes- und Kreisverband von Helms Aussagn distanzieren wir er in derselben Erklärung als honorig und integer bezeichnet, eine Aussage von der sich wiederum erst auf Nachfrage distanziert wurde.

Der Ausschuss gegen Rechts und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit möge sich angesichts der anstehenden Bürgerschaftswahl mit dieser Partei eingehend beschäftigen, zumal es sich bei der AfD um eine rechtspopulistische Gruppierung handelt.